Foto: dpa/Alexandros Vlachos

»Das ist kein Spiel«

Vom Referendum zur Gläubiger-Politik bis zum Brüsseler Gipfel-Deal. Eine Chronik

Donnerstag, 25. Juni

Seit Wochen wird zwischen der SYRIZA-geführten Regierung und den Vertretern von Internationalem Währungsfonds, Europäischer Zentralbank und EU über den Abschluss und eine Verlängerung des Kreditprogramms für Griechenland verhandelt. Athen will sich den harten Bedingungen nicht unterwerfen, die »Institutionen« bleiben kompromisslos. Am Donnerstag wird mal wieder nach einer Einigung gesucht: auf einem Treffen der Euro-Finanzminister. Vergeblich. »Das war es für heute«, schreibt der finnische Finanzminister Alexander Stubb im Kurznachrichtendienst Twitter. »Institutionen und Griechenland setzen Arbeit fort, Eurogruppe später zurück, aber nicht heute.«

Auf dem EU-Gipfel am selben Tag erklärt Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), man wolle sich nicht in die festgefahrenen Griechenland-Verhandlungen einschalten. Das ist nicht die Wahrheit, das Thema kommt auch in der Runde der Regierungschef zur Sprache. Später wird ein Wortgefecht zwischen Griechenlands Premier Alexis Tsipras und dem EU-Ratspräsidenten Donald Tusk bekannt. Der Pole sagt mit Blick auf die stockenden Gespräche zwischen Gläubigern und Athen: »The game is over«. Tsipras kontert empört: »Das ist kein Spiel«, hinter seiner Linkspartei SYRIZA stünden »anderthalb Millionen Arbeitslose, drei Millionen Arme und Tausende Familien ohne Einkommen, die von der Rente ihrer Großeltern leben«. Der Premier fordert bei dem Treffen erneut eine Debatte über Schuldenerleichterungen. Doch lediglich Zyperns Staatschef Nikos Anastasiadis spricht sich dafür aus, das Thema zu diskutieren.

Freitag, 26. Juni

Um kurz nach 18 Uhr kommt die Nachrichtenagentur AFP mit einer Meldung, die zuvor schon in anderen Medien die Runde gemacht hat: Athen hat sich entschieden, die Gläubiger-Vorschläge zurückzuweisen. Die griechische Regierung erklärt, die Vorschläge der Gläubiger-Institutionen für Maßnahmen, die zur Bedingung für eine Verlängerung des seit 2012 laufenden Kreditprogramms gemacht werden, »können nicht akzeptiert werden«. Das zuletzt vorgelegte Papier sei »schlimmer als das Memorandum«, heißt es – unter diesem Begriff sind die seit 2010 auferlegten Kreditbedingungen in Griechenland bekannt. Für den Abend wird eine dringliche Sitzung des Kabinetts einberufen.

Später lässt eine Ankündigung die Fieberkurve des Streits um die europäische Krisenpolitik erneut nach oben schnellen: Alexis Tsipras will sich in einer Fernsehansprache an die griechische Bevölkerung wenden. Dann, es ist schon nach Mitternacht, der Paukenschlag: Der Premier kündigt ein Referendum über den Kurs der Gläubiger an. Tsipras hat bereits Staatspräsident Prokopis Pavlopoulos sowie die größte Oppositionspartei, die konservative Nea Dimokratia, informiert. Die Volksabstimmung soll bereits am nächsten Sonntag stattfinden. Man werde bei den Institutionen eine kurze Verlängerung des Kreditprogramms beantragen, damit das Referendum ohne den Druck laufender Verhandlungen stattfinden könne.

Samstag, 27. Juni

Eine nächtliche Kurznachricht von Finanzminister Yanis Varoufakis nimmt das Echo vorweg, das die Regierung in Athen nun erwartet: »Demokratie verdient einen Schub in Eurofragen.« Diesen werde man nun mit der Volksabstimmung geben. »Lasst die Menschen entscheiden«, twittert der Grieche kurz vor ein Uhr in der Nacht und ergänzt in Klammern: »Komisch, wie radikal dieses Konzept klingt!«

In Brüssel: durchweg negative Reaktionen. »Das geplante Referendum hat alles noch komplizierter gemacht«, wird ein namenloser EU-Diplomat zitiert. »Das ist noch einmal eine Volte der griechischen Regierung, um alles durcheinanderzubringen«, behauptet er – und droht: »Ich denke, dass jetzt über einen Plan B geredet werden muss.« Damit ist landläufig der Grexit gemeint, das Ausscheiden Griechenlands aus der Eurozone.

SPD-Chef Sigmar Gabriel wagt sich am Samstagmorgen als einer der ersten deutschen Spitzenpolitiker aus der Deckung – und sagt Ja zum Referendum. CSU-Chef Horst Seehofer nennt die Regierung in Athen dagegen einen »Zirkus«, der »so schnell wie möglich« beendet werden müsse. Die Runde der Euro-Finanzminister soll gegen Mittag beginnen, schon vorher wird in Brüssel klar: Es sieht schlecht für Athen aus, die Bereitschaft, der Regierung Zeit für ein demokratisches Votum zu geben, ist praktisch Null. Kurz vor 14 Uhr meldet sich der Chef der Eurogruppe Jeroen Dijsselbloem zu Wort – mit einer klaren Ansage: Das Referendum sei eine »traurige Entscheidung für Griechenland«, mit der die Tür zu weiteren Gesprächen zugeschlagen worden sei.

Finanzminister Varoufakis hat seinen Antrag auf kurzfristige Verlängerung des Kreditprogramms um einen Monat da noch gar nicht offiziell eingebracht. Die Entscheidung ist aber offenbar schon gefallen. Die Eurogruppe unterbricht die Sitzung, als die Minister wieder zusammenkommen, ist Varoufakis nicht mehr dabei. Linkenchef Bernd Riexinger findet das unbegreiflich: »Über Demokratie wird undemokratisch entschieden.« Diplomaten erzählen, dass EZB-Chef Mario Draghi, als der griechische Finanzminister die Eurogruppe verlassen hat, sagt: »Wenigstens darf man uns nun wieder Troika nennen.« Die Eurogruppe diskutiert nun über vorübergehende Bankenschließungen und Kapitalverkehrskontrollen in Griechenland.

Bis weit in die Nacht läuft noch die Debatte im griechischen Parlament über die Abhaltung des Referendums. Kurz vor zwei Uhr am Morgen wird abgestimmt: 178 Ja- und 120 Nein-Stimmen. Konservative, Sozialdemokraten, Kommunisten und die Potami-Partei votieren gegen die Volksabstimmung. Tsipras reagiert auf die anhaltende Kritik am Referendum, die vor allem in Deutschland sehr laut ist: »Ich werde mir nicht von Herrn Schäuble die Erlaubnis für eine Volksabstimmung einholen.«

Sonntag, 28. Juni

Die Europäische Zentralbank drängt die griechische Regierung, Kapitalverkehrskontrollen zuzustimmen und eine vorübergehende Schließung der Banken zu prüfen. Und die EZB macht Politik: Man entscheidet, den Rahmen für Notfallkredite für griechische Banken nicht zu erweitern. Damit solle Druck auf Athen erzeugt werden, berichtete das »Handelsblatt« unter Berufung auf Notenbankkreise. Griechenlands Premier Tsipras kritisiert die Entscheidung – er sieht darin einen Versuch, Einfluss auf den Willen der griechischen Bevölkerung beim bevorstehenden Referendum zu nehmen.

Geschlossene Banken sind im Wahlkampf ein Argument aufseiten der Gläubiger. Doch in Athen sieht man keinen anderen Ausweg: Erstmals werden ab Montag alle Banken geschlossen bleiben, um ein Ausbluten der Kredithäuser zu verhindern. Die gewollte politische Unsicherheit hat die Griechen bereits Milliarden von ihren Konten abheben lassen.

In der SPD-Führung scheinen inzwischen viele ihre Meinung über das Referendum wieder geändert zu haben. Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier ist nun »fassungslos«, er hatte sich am Samstag zunächst wie Gabriel zustimmend geäußert, wie sich eine Nachrichtenagentur erinnert. Aus einer Telefon-

#This Is A Coup

Von einem »Staatsstreich« gegen die Regierung in Athen war schon vor dem Treffen der Euro-Regierungschefs die Rede. Eine Marke wurde daraus dann am 12. Juli 2015 – dank des Kurznachrichtendienstes Twitter. Sandro Maccarrone soll der erste gewesen sein, der einen Tweet mit dem Hashtag #ThisIsACoup absetzte: »Das ist ein Putsch.« Der Lehrer aus Barcelona twitterte: »Der Vorschlag der Eurogruppe ist ein verdeckter Staatsstreich gegen das griechische Volk.«

Binnen weniger Stunden hatte sich #ThisIsACoup dann als Label für die Kritik an der Politik der Gläubiger, vor allem an Deutschland, im Internet durchgesetzt. Allein bis Montagnachmittag wurden über 335.000 Twitter-Nachrichten mit dem Hashtag gezählt.

Vor allem zwei Punkte waren es, die zunächst die Kritik der Netzgemeinde befeuerten: Der aus dem Berliner Finanzministerium kommende Vorschlag, einen Treuhandfonds zur Privatisierung von öffentlichem Vermögen im Umfang von 50 Milliarden Euro einzusetzen. Und die Drohung mit einem vorübergehenden Ausscheiden Griechenlands aus der Eurozone, die das Druckpotenzial erheblich erhöhte und Athen schließlich die umstrittenen Auflagen akzeptieren ließ.

Es machte sich aber auch allgemeine Empörung über das Gebaren von Eurogruppe und einzelnen Regierungen in der EU bemerkbar. Griechenland sei erniedrigt und die Demokratie verletzt worden, hieß es immer wieder. »So viele Goethe-Institute kann man gar nicht bauen, um den Schaden dieses Wochenendes wieder zu beheben«, wurde in einem Tweet kritisiert.

Dass der prominente US-amerikanische Ökonom Paul Krugman bereits an jenem Gipfel-Sonntag in seinem Blog die Politik der Gläubiger Griechenlands mit dem Argument kritisiert hatte, der Hashtag »ThisIsACoup« stimme »exakt«, hat der Bekanntheit des Labels sicher nicht geschadet. Die Forderungen, die insbesondere von der Berliner Regierung befürwortet worden waren, seien »Wahnsinn« und ein Verrat am europäischen Projekt. *nd*

Kein Geschenk

»Es zeigt sich, dass diese Euro-Krise auch eine Faktenkrise ist«, hat der grüne Europaabgeordnete Sven Giegold nach dem Brüsseler Euro-Gipfel erklärt. Es gibt dafür viele Beispiele, eines ist der mediale Umgang mit einem angeblichen 35-Milliarden-Geschenk an die griechische Regierung. Athen habe, so hieß es nach dem Abbruch der Verhandlungen über eine

Verlängerung des zweiten Kreditprogramms durch die SYRIZA-geführte Regierung, das »letzte Angebot« und damit Investitionen von 35 Milliarden Euro abgelehnt. Nachrichtenagenturen verbreiteten die Behauptung von Bundeswirtschaftsministers Sigmar Gabriel, die Offerte würde weitergehen »als alle Angebote zuvor. Eben wegen jener 35 Milliarden Euro.

Zeitungen griffen das Thema auf, in bisweilen jener Anti-SYRIZA-Manier, die mit abfälliger Personalisierung (siehe Foto). Andere Blätter kolportierten die Meldung, Premier Tsipras habe die 35 Milliarden »nicht nur abgelehnt. Er habe das Angebot sogar unerwähnt gelassen« in einer Rede vor dem Parlament. Potzblitz! In Wahrheit handelt es sich bei den 35 Milliarden um sogenannte förderfähigen Zuschüsse, die Griechenland in den Jahren 2014 bis 2020 aus EU-Töpfen abrufen kann – eine Co-Finanzierung seitens Athen vorausgesetzt. Die Summe ist zudem längst zugesagt.

Giegold sagt, die EU-Kommission bemühe sich tatsächlich, »einen deutlich schnelleren Abruf der Finanzmittel« zu ermöglichen. Das würde Athen helfen, ist aber von einem 35-Milliarden-Geschenk weit entfernt. Das echte Volumen mache 3,5 Milliarden aus. »Da hat die EU-Kommission die Backen zu voll genommen.« *vk*

schalte der SPD-Spitze am Sonntagmorgen wird kolportiert, es habe »allgemeines Entsetzen« geherrscht.

Montag, 29. Juni

Der Wahlkampf hat begonnen. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker macht allein Athen für den Abbruch der Gespräche verantwortlich – die Kürzungsforderungen der Gläubiger nennt er »sozial fair« und kein »dummes Sparpaket«. Juncker behauptet auch, es seien keine Rentenkürzungen diktiert worden, was nicht der Wahrheit entspricht.

In Deutschland sind es vor allem Sozialdemokraten, die sich dabei an der Seite der Gläubiger hervortun. EU-Parlamentspräsident Martin Schulz wirbt für ein »Ja« beim Referendum. »Ich kann nur empfehlen, dass das griechische Volk mit Ja stimmt.« Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel erklärt das Referendum sogar zur Grexit-Frage. Ein Nein werde als klarer Entscheid gegen den Verbleib im Euro angesehen – entgegen aller Erklärungen sowohl von griechischer Seite als auch aus Brüssel, es gehe nicht um einen Grexit, da es für diesen gar keine Vertragsgrundlage gebe. Die Opposition in Deutschland wirft Merkel Konzeptlosigkeit vor. »Ich glaube, sie nehmen einen Crash in Kauf, ohne genau zu wissen, was danach passiert«, sagt Linksfraktionschef Gregor Gysi. Grünen-Chefin Simone Peter beklagt, die Bundesregierung warte derzeit ausschließlich auf weitere Schritte von griechischer Seite. Zuvor hatte die Kanzlerin mit Spitzenvertretern der im Bundestag vertretenen Parteien in Berlin gesprochen.

Dienstag, 30. Juni

Es ist klar, die griechische Regierung wird die am Dienstag fällige Kreditrate von knapp 1,6 Milliarden Euro nicht an den Internationalen Währungsfonds zurückzahlen. Es ist einfach kein Geld mehr da. Nach dem turbulenten Wochenende sorgt diese Nachricht kaum noch für Aufregung.

Die Eurogruppe bespricht am Abend per Telefonkonferenz über ein neues griechisches Gesuch: Athen hat Kredite über zwei Jahre aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM beantragt. Auch einer erneute Bitte, das Kreditprogramm für ein paar Wochen zu verlängern, damit das Referendum ohne den Druck finanzieller Unwägbarkeiten stattfinden kann, steht noch im Raum. Doch Berlin will nicht mehr diskutieren. Kanzlerin Merkel schließt jegliche Verhandlungen mit der SYRIZA-geführten Regierung vor der Volksabstimmung aus: »Bevor nicht ein Referendum – so wie es geplant ist – durchgeführt wird, werden wir über gar nichts neu verhandeln.« SPD-Chef Gabriel stellt sich sogar ganz gegen das Plebiszit: »Das beste wäre, wenn Herr Tsipras das Referendum absagt.« Die Kritik an der vor allem von Deutschland ausgehenden Krisenstrategie wird derweil lauter: Mit Jeffrey Sachs, Paul Krugman und Barry Eichengreen sprechen führende Wirtschaftswissenschaftler aus den USA von »inkompetenter Politik« in Brüssel und Berlin. Und: Nachdem Athen wochenlang dafür kritisiert wurde, die Militärausgaben nicht ausreichend genug zu kürzen, fordert nun NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, Streichungen im Militärbudgets in Griechenland dürfe es nicht geben.

Mittwoch, 1. Juli

Ein Bericht der britischen »The Times« lässt alle Ermahnungen Richtung Athen, endlich doch die »richtigen« Vorschläge vorzulegen, in einem neuen Licht erscheinen. Die Bundesregierung, schreibt das Blatt unter Berufung auf einen hochrangigen Unionspolitiker, werde jegliche Einigung mit Griechenland solange torpedieren, wie dort SYRIZA an der Regierung ist. Laut der Zeitung deutet die Quelle auch an, dass Kräfte in der Europäischen Union die SYRIZA-geführte Regierung aus dem Amt drängen wolle, egal wie das Referendum ausgeht. Selbst wenn die Griechen am Sonntag mit Ja zu den Gläubiger-Bedingungen stimmen, werde es kein neues Kreditprogramm geben, sollten Tsipras und Varoufakis im Amt blieben, lautet die Botschaft.

Der griechische Premier wirbt unterdessen im Fernsehen für ein Oxi – für ein Nein: Damit könnten die Griechen die Position der Regierung für neue Verhandlungen stärken. Umfragen deuten ein knappes Rennen an, aber auch einen wahrscheinlichen Sieg der Kritiker der Gläubiger-Diktate. Unterstützung kommt von internationalen Intellektuellen wie Immanuel Wallerstein, Slavoj Zizek, Judith Butler, Alain Badiou, Chantal Mouffe und Saskia Sassen: Die Volksabstimmung in Griechenland gebe der EU die Gelegenheit, ihr Verhältnis zu den Werten der Aufklärung zu erneuern. Es gehe um Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität.

Doch »die EU« gibt es nicht mehr, immer öfter treten Differenzen zutage. Während Berlin nicht einmal mehr vor dem Referendum verhandeln will, drängt Frankreichs Präsident François Hollande auf eine schnelle Einigung. Das Ergebnis der Volksabstimmung abzuwarten, erhöhe das Risiko von Turbulenzen und eines »Sprung ins Nichts«.

Von Ende Juni an waren Banken geschlossen und Abhebungen an Automaten auf Beträge von 60 Euro am Tag beschränkt, Rentner mussten mit 120 Euro auskommen. Nach dem Euro-Gipfel wurden die Beschränkungen teilweise gelockert. Foto: Reuters/Yiannis Kourtoglou

Donnerstag, 2. Juli

Der Druck auf Athen wird immer stärker. Die Bankenschließungen machen sich bemerkbar – und immer lauter wird der Chor derer, die ein Ausscheiden Griechenlands aus der Eurozone an die Wand malen. Auch Eurogruppen-Chef Dijsselbloem zieht damit in den Wahlkampf: Sollten die Griechen beim Referendum mit Oxi votieren, gebe es nicht nur keine Basis für ein neues Kreditprogramm, »sondern dann ist es sehr fraglich, ob es überhaupt eine Basis für Griechenland in der Eurozone gibt«. Noch weiter geht der Präsident des Europaparlaments – er macht schon Pläne für die Zeit nach der Volksabstimmung: Bei einem »Ja« der Griechen solle die SYRIZA-geführte Regierung zurücktreten, sagt Martin Schulz, Neuwahlen könnten dann in eine »technische Regierung« münden, die die Verhandlungen mit den Gläubigern fortführt.

Grüne und Linke sind empört: »Schulz fordert einen Regimewechsel. Das ist eine völlig taktlose Einmischung«, sagt der Grünen-Europaabgeordnete Sven Giegold. Auch sein Kollege von der LINKEN, Fabio De Masi, spricht davon, dass Berlin und andere EU-Protagonisten auf einen »Regime change« abzielen. Der Mitherausgeber des britischen »Guardian«, Seumas Milne, sieht dies auch so: Die Bundesregierung und andere Kräfte in Europa »wollen einen Regimewechsel«, schreibt er in einem Kommentar.

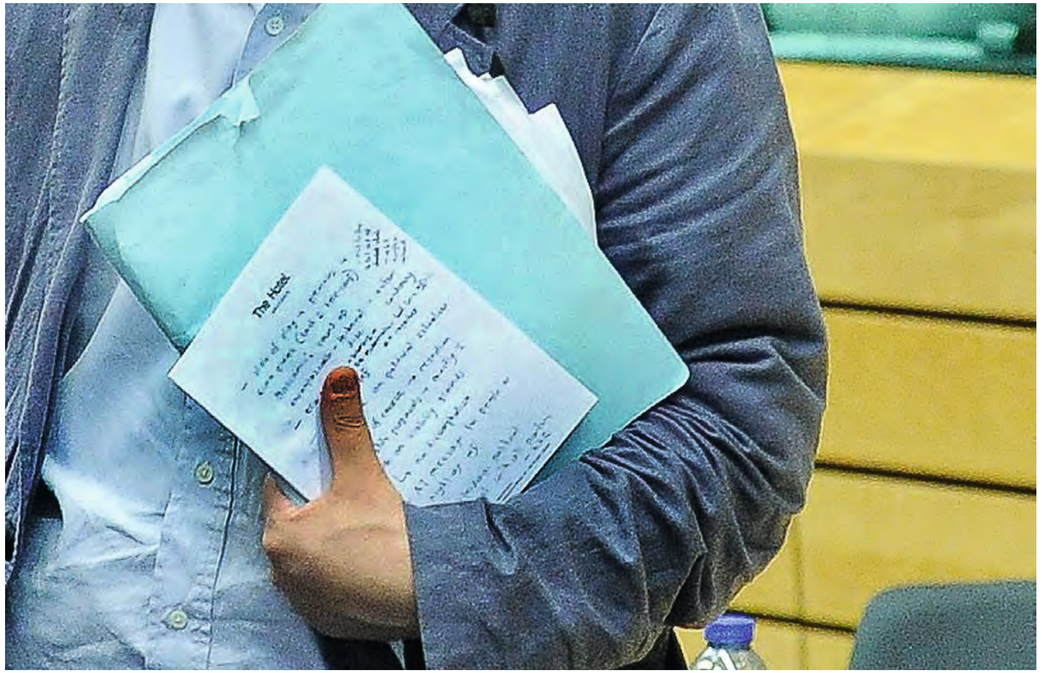
Rückendeckung erhält die Regierung in Athen aus Argentinien: »Das, was das griechische Volk durchmacht, ist genau das Gleiche, was wir Argentinier 2001 durchgemacht haben«, sagt Staatschefin Cristina Kirchner: »das Drama der schrecklichen, neoliberalen Politik der ständigen Anpassungen, die Elend, Hunger und Arbeitslosigkeit nach sich ziehen«.

Freitag, 3. Juli

Einwände gegen das Referendum werden vom Obersten Verwaltungsgericht in Athen zurückgewiesen. Zwei Privatpersonen hatten Einsprüche gegen die Volksabstimmung erhoben, doch die verstößt nach Ansicht der Richter nicht gegen die Verfassung. Premier Tsipras spricht am Abend auf dem Syntagma-Platz in Athen vor Zehntausenden: »Am Sonntag werden wir nicht nur einfach über unseren Verbleib in Europa entscheiden, sondern über die Frage, ob wir mit Würde in Europa bleiben.« Auch in der Bundesrepublik gehen viele Menschen aus Solidarität mit den Griechen und mit SYRIZA auf die Straße. Vertreter von sechs spanischen Linksparteien und Plattformen werben ebenfalls für ein Oxi. »Wir glauben, dass das griechische Volk mutig sein und auf ein Nein setzen wird«, sagt Rommy Arce von der Bürgerplattform Ahora Madrid.

Samstag, 4. Juli

Eine Äußerung von Finanzminister Varoufakis in der spanischen Zeitung »El Mundo« sorgt für empörte Reaktionen nicht zuletzt in deutschen Medien und bei Politikern. »Was sie mit Griechenland machen, hat einen Namen: Terrorismus«, sagt Varoufakis. »Warum haben sie uns gezwungen, die Banken zu schließen? Um den Menschen Angst einzuflößen. Und wenn man versucht, den Terror zu verbreiten, nennt man dieses Phänomen Terrorismus. Aber ich vertraue darauf, dass die Angst nicht gewinnt.«



Der berühmte Stichwortzettel des neuen Finanzministers Efklidis Tsakalotos – fotografiert kurz vor seinem ersten Auftritt in der Eurogruppe. Medien ließen es sich natürlich nicht nehmen, darüber zu spotten. Foto: dpa/Laurent Dubrule

Weniger Schlagzeilen und noch weniger Empörung macht ein Bericht der Nachrichtenagentur Reuters. Demnach haben Regierungen von Euro-Staaten versucht, die Veröffentlichung eines Berichts des Internationalen Währungsfonds über die Schuldenlast Griechenlands zu stoppen – offenbar, weil dieser die Forderung Athens nach einer Schuldenerleichterung unterstützt. Der IWF hatte am Donnerstag eine Analyse zur Schuldentragfähigkeit Griechenlands veröffentlicht, in der auch die Notwendigkeit eines Schuldenerlasses erläutert wird. Premier Alexis Tsipras hatte den Bericht als eine »großartige Bestätigung für die griechische Regierung« bezeichnet. Die Veröffentlichung vor dem Referendum sollte aber blockiert werden, so Reuters: Während die Europäer auf die Bremse traten, plädierten unter anderem die USA auf eine frühere Veröffentlichung. »Die EU muss verstehen«, wird eine IWF-Quelle in dem Bericht zitiert, »dass nicht alles auf der Grundlage ihrer eigenen Vorstellungen entschieden werden kann.« Man könne die Fakten nicht »verstecken«, nur weil sie politisch genutzt werden könnten.

Sonntag, 5. Juli

Griechenland sagt Oxi zu den Gläubiger-Auflagen. Und das in einer Deutlichkeit, mit der die meisten nicht gerechnet haben. 61,31 Prozent votieren beim Referendum gegen die herrschende Krisenpolitik in Europa, 38,69 Prozent stimmen für die umstrittenen Bedingungen zur Verlängerung eines inzwischen allerdings ausgelaufenen Kreditprogramms.

Die spanische »El Mundo« spricht von einer »Ohrfeige für Deutschland und für den harten Euro-Kern«. Der Chef der oppositionellen konservativen Nea Dimokratia in Griechenland, Antonis Samaras, tritt noch am Abend zurück. »Ab morgen fangen wir an, unsere Wunden zu heilen«, freut sich Finanzminister Varoufakis. In Berlin herrscht dagegen aggressive Enttäuschung: SPD-Chef Gabriel tönt, das Referendum habe die »letzten Brücken eingerissen, über die Europa und Griechenland sich auf einen Kompromiss zubewegen konnten«. Die bayerische CSU hetzt gegen »linke Erpresser und Volksbelüger«.

Die Wut der Neoliberalen ist wohl auch deshalb so stark, weil die Zahlen aus Griechenland so beeindruckend sind: Bei den 18- bis 24-Jährigen haben 85 Prozent »Nein« zur Krisenpolitik gesagt, die Angestellten im öffentlichen Sektor votieren zu über 70 Prozent mit Oxi, fast 73 Prozent der Erwerbslosen ebenso. Die niedrigsten Werte für das Nein finden sich unter den Älteren – bei den über 65-Jährigen sagten »nur« 44,9 Prozent Nein.

Freude über das Ergebnis des Referendums herrscht auch bei der deutschen Linkspartei: »Griechenland sendet ein unüberhörbares Ja für mehr Demokratie und Gerechtigkeit in die gesamte EU«, twittert Bundesgeschäftsführer Matthias Höhn. »Danke Griechenland, Danke Alexis!« Das linke Netzwerk Blockupy spricht von einem »Sieg der Armut gegen die Reichen« und meint: »Die deutsche Ordnung, das deutsche Europa wurde abgewählt.«

Montag, 6. Juli

Bis in den Morgen haben sie in Athen und anderswo das Oxi gefeiert. Doch dann holt eine Eilmeldung Europa zurück in die krisenpolitische Realität: Yanis Varoufakis erklärt seinen Rücktritt.

»I am leaving the Ministry of Finance today«, schreibt er in seinem Blog – er werde das Finanzministerium am Montag verlassen. Es gibt dafür zwei Gründe: Erstens hätten ihm einige Mitglieder der Eurogruppe klar gemacht, dass sie es vorziehen würden, wenn er nicht mehr an ihren Treffen teilnehmen werde. Der zweite versteckt sich in einem der dann folgenden Sätze: Sein Abschied sei von Ministerpräsident Tsipras als »potenziell hilfreich« betrachtet worden. In vielen Zeitungen heißt es zunächst, Varoufakis sei offenbar zum Gehen gedrängt worden, ein »Opfer«, damit nun ein neuer Kurs gegenüber den Gläubigern verfolgt werden kann. Hatte er nicht auch vor dem Referendum angekündigt, bei einem Ja zurücktreten zu wollen?

Die Sache ist komplizierter, es gibt auch Differenzen über die Strategie innerhalb der griechischen Regierung. Varoufakis demonstriert aber Loyalität: Er halte es für seine Pflicht, so zu handeln, dass Tsipras das politische Kapital des Neins beim Referendum optimal nutzen kann. Und er werde die »Abscheu der Gläubiger mit Stolz tragen«. Der Premier ruft derweil die Chefs der großen griechischen Parteien bei Staatspräsident Pavlopoulos zusammen. Tsipras will sich deren Unterstützung versichern bei dem, was nun kommt. Innerhalb von SYRIZA wird dieser Schachzug später auf Kritik stoßen.

Ein anderes Treffen findet in Paris statt: Merkel ist beim französischen Präsidenten zum Abendessen. Die Deutsche hat das »Nein« der Griechen beim Referendum nicht verdaut, denkt über einen Grexit nach. Hollande ist dagegen. Frankreich hat nicht nur eine andere Haltung zu Europa, Frankreich hat die deutsche Dominanz satt. Zu Tsipras soll er zuvor am Telefon gesagt haben: »Ich bin bereit, dir zu helfen – aber du musst mir helfen, dass ich dir helfen kann.«

In Paris wird in diesen Tagen ein Text aus »Le Monde« herumgereicht: Wenn Griechenland es schafft, gegen die deutschen Grexit-Drängler im Euro zu bleiben, wenn es Athen gelingt, die Ketten der Austerität zu lockern, wenn SYRIZA wenigstens an der einen oder anderen Stelle beim Nein gegen Schäuble bleiben kann – dann wird bald auch Frankreich wieder allein laufen dürfen, heißt es darin. In Spanien, Italien, Portugal und anderswo sehen es viele genauso.

Dienstag, 7. Juli

Wieder ein Euro-Gipfel in Brüssel, wieder ein Treffen der Eurogruppe. Der neue griechische Finanzminister Efklidis Tsakalotos ist zum ersten Mal dabei. In Medien heißt es: Er habe seinen Amtskollegen keine neuen Vorschläge präsentiert, was wie die hundertste Wiederholung eines Standardvorwurfs Richtung Athen klingt. Die griechische Regierung wird aufgefordert, einen neuen Antrag auf Kredite aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus zu stellen. Die Staats- und Regierungschefs der 19 Euroländer werden bei ihrem Treffen am Abend erst einmal nichts zu entscheiden haben. Klar wird: Es gibt einen nächsten Sondergipfel – am Sonntag.

Eine deutsche Boulevardzeitung wünscht sich die »eiserne Kanzlerin«, die Griechen müssten »ab sofort allein klarkommen«. Die Redewendung von der »eisernen Kanzlerin« schließt an nationalistische Selbstüberhöhungen aus der Zeit des Reichskanzlers Otto von Bismarck an, es ist der Ruf nach einem autoritären Antidemokraten, einem, der meinte, »nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden«, sondern »durch Eisen und Blut«.

Viele Unionspolitiker singen den Marsch mit, das »Experiment mit den reformun-

Ein politischer Grexit

Der Satz steht im Protokoll mit der Nummer 14, einem Anhang zum Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union »betreffend die Eurogruppe«: »Die Minister der Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist, treten zu informellen Sitzungen zusammen.«

Da steht nicht: einige Minister. Oder etwa: Eine Gruppe von Ministern, aber nicht alle aus den Eurostaaten. Griechenland ist ein Mitgliedstaat der EU und die Währung dort ist der Euro. Yanis Varoufakis war am 27. Juni der Finanzminister in Athen. An jenem Samstag haben die anderen ihn aus der Eurogruppe rausgeworfen, man kann das nicht anders formulieren.

So etwas ist noch nie passiert, seit es das Gremium gibt, seit 1998. Es ist so etwas wie ein politischer Grexit.

Zuvor haben Finanzminister den griechischen Antrag auf vorübergehende Verlängerung des Kreditprogramms um einen Monat abgelehnt. Eine »Erklärung der Eurogruppe« wird veröffentlicht, das Entscheidende steht in der Fußnote: »Unterstützt von allen Mitgliedern der Eurogruppe, mit Ausnahme des griechischen Mitglieds«. Und dann noch der Rauswurf von Varoufakis.

Die Eurogruppe ist schon informell, der Rauswurf eines Ministers aus dem Kreis der 19 lässt sich nicht mit dem »informellen« Beratungsbedarf von anderen begründen. Varoufakis hat darauf bestanden, die Angelegenheit durch den Rechtsdienst des Europäisches Rates prüfen zu lassen. Ist das zulässig?

Varoufakis erzählt die Geschichte so: Eurogruppen-Chef Jereon Dijsselbloem habe bei der Sitzung erst den Antrag Griechenlands auf kurze Verlängerung des Kreditprogramms – damit das Referendum ohne Druck stattfinden kann – abgelehnt und dann vorgeschlagen, dass man ohne die griechische Seite weiterdiskutieren wolle: über Fragen des Schutzes vor möglichen Folgen einer Pleite Griechenlands. Und »unter uns«, wie Berlins Ressortchef Wolfgang Schäuble später gesagt haben soll. Als sie später eine Erklärung darüber veröffentlichen, wird nur noch von einer »ministeriellen Erklärung« die Rede sein.

Varoufakis, als er merkt, man will ihn nicht mehr dabeihaben, fragt den Rechtsdienst des Europäisches Rates, ob ein Präsident der Eurogruppe ein Treffen einberufen kann – unter Auslassung der Einladung eines einzelnen Mitglieds. Die Antwort: »The Eurogroup is an informal group. Thus it is not bound by Treaties or written regulations. While unanimity is conventionally adhered to, the Eurogroup President is not bound to explicit rules.«

Mit anderen Worten: Weder für die normalerweise übliche Einstimmigkeit, die im ersten Teil des Treffens gebrochen wurde, als es um die Ablehnung des Wunsches der griechischen Seite nach Verlängerung ging, noch für die Frage, wer wann mit wem zusammensitzt, gibt es Festlegungen oder Verträge.

Die Eurogruppe ist eben ein informelles Gremium. Man hat ihm dennoch die Zukunft der gemeinsamen Währung anvertraut. Man lässt dort faktisch Entscheidungen treffen, die von enormer Tragweite sind. Und wenn es der Mehrheit opportun erscheint, begeht diese Eurogruppe auch mal einen politischen Grexit. *tos*

willigen Griechen im Euro-Raum« müsse beendet werden, verlangt einer. Und immer wieder auch Grexit-Rufe. EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker hält dagegen: »Niemand darf die Griechen hinauswerfen wollen.«

Auch prominente Ökonomen melden sich wieder zu Wort: »Momentan wird die griechische Regierung dazu gedrängt, sich einen Revolver an die Schläfe zu halten und abzudrücken. Doch mit der Kugel wird nicht nur Griechenlands Zukunft in Europa getötet. Die Kollateralschäden werden auch die Eurozone als Leuchtturm von Hoffnung, Demokratie und Wohlstand zerstören.«

Mittwoch, 8. Juli

Während es in Europa längst nicht mehr nur um Griechenland geht, sondern um den Bestand der Union, um die Frage, ob eine Währung zur Zwangsjacke wird, in der Demokratie nichts mehr zählt, treffen sich die großen Schwellenländer Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika: »Griechenland hat uns bisher um nichts gebeten, also gab es nichts zu besprechen«, sagt der russische Wirtschaftsminister Alexej Uljukajew.

Derweil spricht Tsipras im Europaparlament in Straßburg. Er erklärt, man habe einen neuen Antrag für ein Kreditprogramm auf Basis des Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM gestellt. Er warnt vor einer Spaltung Europas und kündigt an, Klientelismus und Privilegien in seinem Land anzugehen. Der »Spiegel« wird später im Tonfall der Herablassung schreiben, der Grieche habe sich wie ein »Gladiator« feiern lassen. In Wahrheit hat Tsipras die turbulente Debatte gekrümmt und am Fingernagel kauend verfolgt. Gefeiert?

Die Illustrierte, die sich »Nachrichtenmagazin« nennt, tritt nach: »Der Mann scheint es zu genießen, dass ihn ausgerechnet die Rechtsextremen und Europagegner um Front-National-Chefin Marine Le Pen mit stehenden Ovationen bedenken.« Was man nicht im »Spiegel« lesen kann: Wie vehement sich der griechische Europaabgeordnete Dimitrios Papadimoulis gegen den unverlangten Beifall wehrte: »Hören sie auf, Griechenland dazu zu missbrauchen, ihre rechtsradikalen Ideen zu fördern.«

Tsipras wird vor allem vom Vorsitzenden der konservativen EVP, dem deutschen Abgeordnete Manfred Weber attackiert, der ihn »unehrlich« nennt und ihm eine »würdelose Politik« vorwirft. Unter Buhrufen beendet Weber seine Rede mit den an Tsipras adressierten Worten: »Sie lieben die Provokation, wir den Kompromiss. Sie spalten Europa, wir lieben Europa.« Der grüne Europaabgeordnete Reinhard Bütikofer wird später sagen, die Rede von Weber sei »widerlich« gewesen. Der deutsche Konservative stehe in einer Reihe mit den Rechtspopulisten und Rechtsradikalen.

Nach der hitzigen Debatte tritt Tsipras ein zweites Mal ans Mikro: »In den letzten fünf Monaten haben wir tatsächlich mehr verhandelt als regiert.« Als Politiker muss er dementieren, er habe einen »geheimen Plan, Griechenland aus der Eurozone hinauszuführen«. Den Plan haben andere.

Donnerstag, 9. Juli

Am späten Donnerstagabend übersendet die griechische Regierung erneut ein Papier an die Institutionen – diesmal sind es 13 Seiten: neue Vorschläge, die den alten Bedingungen der Gläubiger weitgehend gleichen. Dazu gehören Kürzungen bei den Renten, diverse Steuererhöhungen sowie Privatisierungen. Insgesamt soll das Volumen der Maßnahmen aus Kürzungen und neuen Einnahmen rund 13 Milliarden Euro betragen. Im Gegenzug will Athen Kredite aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus in Höhe von mindestens 53,5 Milliarden Euro über drei Jahre, um bis 2018 seine Schulden bezahlen zu können, ein Investitionspaket sowie Zugeständnisse beim Primärüberschuss und bei Schuldenerleichterungen erreichen.

Es herrscht eine gewisse Ratlosigkeit unter den Linken in Europa. Wird das Oxi nun zum NAI gemacht? Der linke Parteiflügel von SYRIZA äußert Kritik. In Brüssel beginnen die Vertreter der Gläubiger mit ihrer Prüfung. Auch im Berliner Finanzministerium beugt man sich über die Liste. Der Chef des Hauses ist in Frankfurt am Main und gibt dort eine Kostprobe deutschen Humors: »Ich habe dieser Tage meinem Freund Jack Lew angeboten, dass wir Puerto Rico in die Eurozone übernehmen könnten, wenn die USA Griechenland in die Dollarzone übernehmen würden.«

Freitag, 10. Juli

Die Institutionen sitzen zusammen. Und zwar alle drei – Europäische Zentralbank, Internationaler Währungsfonds, EU-Kommission. Eigentlich war damit gerechnet worden, dass der IWF bei einem Kreditprogramm aus dem Europäischen Stabilitätsprogramm draußen ist. Ein ESM-Antrag: das wäre die europäische Variante, eine politischere wäre es wohl auch. Aber Berlin will den Währungsfonds am Tisch haben. Es wird gerechnet und gerechnet. Spät in der Nacht ist ein zwölfseitiges Papier fertig. Athen braucht viel mehr Geld als die beantragten 53,3 Milliarden, steht darin. Viel mehr. Der Finanzbedarf soll bei rund 82 Milliarden Euro bis zum Jahr 2018 liegen. Allein 25 Milliarden Euro bräuchten die Banken zur Rekapitalisierung.

Das wird vor allem in Berlin aufmerksam verfolgt. Kanzlerin Merkel weiß um die wachsende Zahl von Abgeordneten der eigenen Fraktion, die ein drittes Kreditprogramm nicht mittragen wollen. Einem teureren Paket werden noch weniger zustimmen. Eine Zeitung schreibt: »Im Finanzministerium herrscht Entsetzen, in der Unionsfraktion blanke Wut.« Ein »führender Abgeordneter« wird zitiert: Merkel müsse »sich jetzt entscheiden: für ein bürgerliches Europa oder für ein sozialistisches«. Und: »Nur ein Mann könnte den Grexit jetzt noch erzwingen: Schäuble.«

Das weiß man zu dieser Stunde im Parlament von Athen noch nicht. Um 18 Uhr hatte die Debatte im griechischen Parlament beginnen sollen. Um 21 Uhr haben die Abgeordneten noch nicht einmal ihre Sitzung begonnen. Hinter den Kulissen wird über Verfahrensfragen gestritten. Der neue Finanzminister Tsakalotos muss vor den Ausschüssen des Parlaments erscheinen. Dann gibt es auch noch eine überraschende Kabinettssitzung.

Irgendwann in der Nacht sagt Premier Tipras noch einmal seinen Satz: Wir haben das Mandat, neu zu verhandeln, aber wir haben nicht das Mandat, aus dem Euro rauszugehen. Selbst Costas Lapavitsas, einer der Wortführer des linken Flügels von SYRIZA, wird mit dem Hinweis zitiert, der Grexit wäre jetzt gar nicht zu stemmen. Außerdem: Eine Mehrheit der Griechen will es nicht und was danach passiert ist ungewiss, die Wahrscheinlichkeit, dass es sozial und wirtschaftlich noch katastrophaler wird, ist hoch. Nach Mitternacht die Abstimmung: 251 Abgeordnete votieren für Verhandlungen mit den Gläubigern auf Basis des griechischen Vorschlags, 32 stimmen mit Nein, 8 enthalten sich. Tsipras bekommt zwar eine satte Mehrheit des Parlaments. Aber die Koalition verfehlt ihre eigene Regierungsmehrheit.

Samstag, 11. Juli

Grünen-Politiker melden sich mit einem Appell zu Wort: Die Bundesregierung solle endlich die Zwangsanleihe Nazideutschlands aus dem Zweiten Weltkrieg an Griechenland zurückzuzahlen. In der aktuellen Krise würde Athens Handlungsfähigkeit und Kreditwürdigkeit daran gemessen, »ob

Der Bundesfinanzminister führt die Riege der Hardliner gegen SYRIZA an. Der Grünen-Politiker Bütikofer sagt: Der »herzlose, herrische und hässliche Deutsche hat wieder ein Gesicht und das ist das von Schäuble«. Foto: imago/Xinhua

das Land Kredite pünktlich zurückzahlen kann – ohne Rücksicht darauf, dass dieses Geld dringend gebraucht wird, um weitere Not und Verelendung vom griechischen Volk abzuwenden. Gelten solche Strenge und Unerbittlichkeit auch für die deutschen Schulden aus der Zwangsanleihe im Zweiten Weltkrieg?«

Die Euro-Finanzminister beschäftigt derweil etwas anderes. Seit dem Nachmittag sitzen sie in Brüssel zu einer weiteren Krisensitzung zusammen. Auf dem Tisch liegt auch: ein Non-Paper aus dem Berliner Finanzministerium.

Eigentlich sind solche Papiere nur inoffizielle Arbeitsdokumente ohne bindende Wirkung. Eigentlich. Denn an diesem Samstag ist so klar wie selten, was auch Experten über diese Non-Paper sagen: Selbst wenn sie offiziell nicht existent sind, entfalten sie natürlich eine offizielle Wirkung. Es muss nur jemand wollen, dass sie bekannt werden. Und genau das ist passiert: Der zuständige Staatssekretär hat das Papier zur Vorbereitung der Beratungen in Brüssel am Samstagmorgen an seine Kollegen geschickt. Am Nachmittag wissen es die Medien, am Abend steht das Dokument im Internet.

Vielen ist jetzt klar, was hier auf dem Spiel steht. Jemand schreibt auf Twitter, man müsse sich dieses Datum merken: Die deutsche Regierung droht Athen mit der Alternative Rauswurf aus dem Euro oder Akzeptanz eines kompletten Ausverkaufs des Landes unter ausländischer Kontrolle.

Die SPD verfällt in Konfusion: Zunächst heißt es, Schäubles Grexit-Papier sei mit dem Wirtschaftsminister abgestimmt. Das dementieren führende Genossen. Dann bestätigt es aber Gabriel selbst. Die Opposition ist empört: »Amtsmissbrauch!«, sagt Ex-Linkenchef Klaus Ernst. Die Bundesrepublik brauche »eine funktionierende Eurozone«, regt sich auch der Vorsitzende der SPD-Gruppe im Europäischen Parlament, Udo Bullmann, auf: »Schäuble muss aufhören zu zündeln.« Die Grünen sprechen von Verfassungsbruch. »Dass die Bundesregierung einen Euro-Austritt Griechenlands betreibt, ist ein historischer Fehler«, erklärt ihre Fraktionsspitze.

Sonntag, 12. Juli

Die Eurogruppe hat seit Samstag bis kurz nach Mitternacht getagt. Dann bricht der Vorsitzendende Dijsselbloem die Verhandlungen ab. Über den Grund kursiert unter anderem diese Version: Nach neun Stunden Debatte soll der deutsche Finanzminister Schäuble den EZB-Präsidenten Draghi angeherrscht haben: »Ich bin doch nicht blöd.« Worum sich der Streit da gerade drehte, ist nicht bekannt. Das große Thema aber ist: das Berliner Grexit-Diktat.

Der Konflikt um die Schulden Griechenlands und die europäische Krisenpolitik spaltet nun zusehends Europa. Die Eurogruppe findet keine gemeinsame Haltung – das heißt, die Regierungschefs müssen bei ihrem Gipfel entscheiden, der am Nachmittag startet. Die Finanzminister müssen aber vorher noch einmal ran, es fällt ihnen zu, das Spitzentreffen vorzubereiten.

Der umstrittene deutsche Vorschlag für das befristete Euro-Aus Athens bleibt in den Empfehlungen – allerdings nur als Option in eckigen Klammern. »Falls keine Einigung erreicht werden konnte, sollten Griechenland rasche Verhandlungen über eine Auszeit von der Eurozone angeboten werden, mit einer möglichen Umstrukturierung von Schulden«, heißt es ganz am Ende des Texts. Die Passage sei »am Ende als strittig hereingekommen«, berichtet ein EU-Diplomat. Hinter Schäuble stehen Länder wie Estland, Belgien, Finnland, Nie-

derlande, Lettland, Slowenien und die Slowakei. Andere werten den Berliner Vorstoß als Provokation. Frankreichs Präsident Hollande warnt, ein Grexit auf Zeit ist gar nicht möglich. Premier Matteo Renzi wird im »Il Messaggero« noch deutlicher: »Italien will keinen Austritt Griechenlands aus dem Euro, und zu Deutschland sage ich: genug ist genug.«

Ein EU-Gipfel, der auch noch am Sonntag stattfinden sollte, ist längst abgesagt. EU-Ratspräsident Tusk macht klar: Es werde in der Runde der Euro-Staaten so lange gesprochen, bis es eine Einigung gibt. Man kann den Polen so verstehen: eine Einigung, kein Grexit. So äußert sich auch Zyperns Finanzminister. Und Juncker.

Montag, 13. Juli

In Brüssel ist die Nacht lang geworden. Sehr lang. Die Verhandlungen sind immer wieder unterbrochen worden – für kleinere, für die entscheidenden Runden. Merkel, Juncker, Hollande, Tusk und natürlich Tsipras. In wechselnden Zusammensetzungen. Später wird das Wort vom »mentalen Waterboarding« die Runde machen, soll heißen: Der Druck auf den griechischen Premier, der vor die Wahl zwischen Euro-Rauswurf und einem Gläubiger-Paket gestellt wurde, muss enorm gewesen sein.

Der EU-Ratspräsident wird später erzählen, dass um sieben Uhr an diesem Montagmorgen Merkel und der griechische Premier die Gespräche stoppen wollten. »Tsipras wollte eine Pause von 24 Stunden für Konsultationen in Athen. Merkel wollte ein neues Gipfeltreffen am Mittwoch. Das wäre das Ende gewesen. Letztlich waren beide nur noch nicht bereit, das auch auszusprechen«, so Tusk, der von einem »sehr authentischen und zugleich gefährlichen Moment« spricht. Es soll nur noch um 2,5 Milliarden Euro aus dem 50-Milliarden-Euro-Treuhandfonds gegangen sein, den hatte der griechische Premier zu dem Zeitpunkt bereits ebenso akzeptiert wie die Beteiligung des IWF. Und noch viel mehr. Tsipras wird den Deal später verteidigen, auch wenn er nicht an den Inhalt glaubt. Merkel ebenso.

Tusk über den Moment am Montagmorgen: »Beide waren sehr müde und zugleich sicher, dass sie schon zu viel zugestanden hatten.« Und weiter: »Tsipras wollte 15 Milliarden Euro für Investitionen haben. Merkel wollte ihm nur zehn Milliarden Euro geben. Ich habe beiden gesagt, dass ich öffentlich sagen würde, dass sie die europäische Idee für 2,5 Milliarden Euro in Gefahr bringen würden. Es hat dann zehn Minuten gedauert, den Kompromiss zu formulieren.«

Gegen neun Uhr kommen die Meldungen: Die Euro-Staaten haben für die Aufnahme von Verhandlungen über ein neues Kreditprogramm für Griechenland grünes Licht gegeben. Nach 17-stündigen Verhandlungen und »einstimmig«. EU-Währungskommissar Pierre Moscovici spricht von einer »massiven neuen Hilfe«. Dafür müsse Griechenland aber auch mehr Bedingungen akzeptieren. EU-Kommissionspräsident Juncker spricht von einer »mühsamen Einigung, aber wir haben es geschafft«.

Und Alexis Tsipras? Er tritt noch in Brüssel kurz vor die Kameras. »Wir haben das Beste erreicht, was möglich war.« Es sei »in diesem harten Kampf« gelungen, sagt er, eine Umstrukturierung der Schulden zu erreichen, außerdem liege mit dem neuen ESM-Programm nun eine mittelfristige Lösung auf dem Tisch. Er spricht aber auch von »unserer verlorenen demokratischen Souveränität«. SYRIZA wolle »weiterkämpfen«.
Tom Strohschneider

Alexis Tsiras hat von einem »harten Kampf« gesprochen. Ob er diesen gewonnen oder verloren hat, wird nicht nur innerhalb seiner Linkspartei SYRIZA unterschiedlich gesehen.

Foto: AFP/Angelos Tzortzinis